

Mit den besonderen Problemen des Hörbarmachens des zu verkündigenden Wortes hatte sich die Tagung abschließend noch die Linzer Religionspädagogin *Monika Nemetschek* vor allem im Hinblick auf die Glaubensvermittlung durch Eltern und Lehrer an die Kinder beschäftigt. Es kamen dabei die Schwierigkeiten religiöser Begriffsbildung wie der durch die Verwendung nichtssagender Worthülsen mißbrauchte religiöse Sprache zu Wort, und es wurde die Forderung nach einer Verleibli-

chung der Sprache, nach der veranschaulichenden Dimension der Wirklichkeit Gottes gestellt.

Aus der Praxis kommende Referate dieser Tagung waren der Glaubenssituation einer Grazer Stadtpfarre in einem Neubaugebiet gewidmet gewesen, weiter den Gesprächen des Priesters zur Ehevorbereitung, dem Glaubens- und Predigtgespräch, den Gesprächsmöglichkeiten mit Jugendlichen und dem sehr persönlichen Weg der Umkehr ins Leben einer Art franziskanischer Gemeinschaft.

Leonore Ramboschek

Land des Hungers

Eindrücke von einer Reise durch Bangladesh

Auf Weltatlanten erscheint Bangladesh als ein unbedeutendes Anhängsel des indischen Subkontinents. In der internationalen Presse und auch in den bundesrepublikanischen Massenmedien wird diesem kleinen Land, das nur doppelt so groß ist wie Bayern, aber nahezu 100 Millionen Menschen zu ernähren hat, wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Die Volksrepublik Bangladesh (People's Republic of Bangladesh), die sich im März 1971 von Pakistan löste und ihre Unabhängigkeit erklärte, weist die dichteste Bevölkerungsquote der Erde auf: 650 Menschen leben auf einem Quadratkilometer. Die Fläche des Landes macht 143 998 qkm aus. In 15 Jahren werden auf dieser Fläche ca. 150 Millionen Menschen leben.

Schwierige Ernährungslage

Die *Ernährungslage* ist in Bangladesh schon heute katastrophal, Hunger eine Alltagserscheinung. Kein Besucher kann sich diesem Phänomen entziehen. Wo man sich in diesem Land auch bewegt, ob in der 2,6 Millionen Einwohner zählenden Hauptstadt Dhaka oder in einem der 68 000 Dörfer, der Kampf der Menschen ums nackte Überleben brennt in den Augen. Rund 50 Prozent der Bevölkerung, also 50 Millionen Menschen, leiden an chronischer Unterernährung. 80% der Bengalen sind Analphabeten. Schulbildung gibt es für die meisten Kinder nicht. Der Kampf ums Überleben ist wichtiger als lesen, schreiben und rechnen zu lernen – Schule bedeutet Luxus, denn sie kostet Geld. Die soziale Explosion ist vorprogrammiert. Keine Regierung hat es bisher vermocht, die ungeheuer großen sozialen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten in den Griff zu bekommen – weder *Sheikh Mujibur Rahman*, der populäre Führer der Awami Liga, der am 15. August 1975 ermordet wurde noch der Putschist Generalmajor *Ziaur Rahman*, der am 30. Mai 1981 wie sein Vorgänger ebenfalls ermordet wurde. Und auch der derzeitige Regierungschef, Generalleutnant *H. M. Ershad*, glänzt eher durch Worte und Versprechungen als durch Taten.

Bangladesh ist für seine wirtschaftlichen Verhältnisse mit über vier Milliarden US-Dollar hoch verschuldet. Und

der Schuldenberg wächst mit der galoppierenden Inflationsrate, die derzeit bei 19% liegt. Die Außenhandelsbilanz ist strukturell defizitär. Die Exporterlöse decken weniger als 30% der Importrechnung. Die Finanzsituation hat sich durch zunehmenden Preisverfall bei den Hauptexportgütern Jute und Juteprodukte sowie gestiegene Preise auf der Importseite 1981 und 1982 weiter verschlechtert. Auch 1983 brachte kein besseres Ergebnis. Die Exporterlöse sind von 725 Millionen US-Dollar 1980/81 auf 641 Millionen US-Dollar 1981/82 gesunken. Die wichtigsten Handelspartner von Bangladesh sind die Länder des Nahen Ostens mit 25%, gefolgt von den USA mit 12%, der UdSSR mit 6%, Japan und China mit je vier Prozent, Australien mit 3,5% und der Bundesrepublik Deutschland mit 2%.

Ein Handicap liegt für Bangladesh in der *unterentwickelten Infrastruktur* des Landes. Die Binnenschifffahrt ist der bedeutendste Transportsektor, doch die Schiffe muten mittelalterlich an. Sie werden durchweg noch mit Menschenkraft und nicht mit Motoren betrieben. Sechs, acht oder zehn Männer schwingen die wuchtigen Ruderblätter, zusätzlich heißt man einfache Segel. Europäische Besucher fühlen sich bei solch einem Anblick in die Antike zurückversetzt. Das Eisenbahnnetz umfaßt 2900 km; es gibt rund 4800 km Straßen für den Bus- und LKW-Verkehr. Doch während der Monsunzeit sind viele Straßen nicht mehr befahrbar. Denn $\frac{3}{4}$ der Landfläche sind weites, flaches Schwemmland, nur fünf bis zwölf Meter über dem Meeresspiegel gelegen. Bis zu 60% der Landfläche werden jährlich durch den Monsunregen überschwemmt, der das Ackerland in unzählige Seen verwandelt. Der südliche Teil des Landes ist das Delta-Gebiet der drei großen Flüsse Ganges, Brahmaputra und Meghna, die in den Bergen nördlich von Bangladesh entspringen und mit riesigen Wassermassen das kleine Land durchströmen. Die Flüsse sind gefürchtet wegen ihrer Unberechenbarkeit, sie bilden ständig neues Land und verwüsten altes. Der Erdboden des Delta-Schwemmlandes ist von außergewöhnlicher Fruchtbarkeit. Bei besseren Wetterschutzmaßnahmen, durch den Bau von großen Stauseen und intensiver Bewirtschaftung könnten nahezu überall im Land drei Ernten pro Jahr eingebracht werden.

Hauptproblem Überbevölkerung

Das Hauptproblem der Volksrepublik Bangladesh liegt heute und in der Zukunft in der massiven Überbevölkerung. Obwohl dieses Problem für alle mit den Händen greifbar ist, ist es nicht schnell und einfach lösbar – denn 86% der Bevölkerung bekennen sich zum Islam, und für den gläubigen Moslem ist die künstliche Geburtenregelung ein Tabu. Hinzu kommt, daß für die Kleinbauern die Großfamilie die einzige Chance zum Überleben darstellt. Die Kinder garantieren billige Arbeitskräfte und eine Altersversorgung. Ein Rentensystem, Lebensversicherungen gibt es in Bangladesh nicht. Zahlreiche internationale Organisationen versuchen, wenigstens die Methoden der natürlichen Familienplanung bekanntzumachen. Ein durchschlagender Erfolg ist bisher nicht spürbar, denn die Vorbehalte und Vorurteile der Menschen sind enorm. Die Skepsis gegenüber den westlichen Besserwissern wächst. Auch die katholische Kirche, die in Bangladesh nur 160 000 Mitglieder zählt, versucht – unterstützt von Misionären – Interesse für die Familienplanung zu wecken. Sie stößt auf besonders große Schwierigkeiten, weil das Mißtrauen der Moslems gegenüber Christen tief sitzt. Christen stehen unter dem Verdacht missionieren, bekehren zu wollen, sie werden verdächtigt allein dem Westen in die Hände zu spielen. Akzeptiert wird die Familienplanung in jenen moslemischen, hinduistischen, buddhistischen und christlichen Familien, die ohnehin schon einen höheren sozialen Standard erreicht haben.

Schon heute ist das Verhältnis zwischen Moslems und Christen nicht ohne Spannungen. Das Staatsoberhaupt, General H. M. Ershad, der den Parteien jegliche Betätigung verboten und das Kriegsrecht ausgerufen hat, steuert einen fundamentalistisch-islamischen Kurs. Ershad, der am 24. März 1982 nach einem unblutigen Putsch die Regierungsgeschäfte übernommen hat, verspricht sich innen- und außenpolitische Hilfe von den islamischen Bewegungen. Anfang Dezember 1983 tagten die Außenminister der islamischen Staaten in Dhaka und gaben dem Regime Ershad internationalen Glanz. Mit Hilfe Saudi-Arabiens werden derzeit vier islamische Universitäten im Land gebaut. Eine Hochschule steht vor den Toren der Hauptstadt kurz vor der Vollendung. Besorgt fragen sich die religiösen Minderheiten (Hindus 13,6%, Buddhisten 0,6%), welcher Einfluß von diesen Hochschulen ausgehen wird. Werden sie den Dialog mit Hindus, Buddhisten und Christen fördern, oder den Herrschaftsanspruch des Islam in Politik und Gesellschaft weiter verfestigen und vorsichtige Ansätze zur Aufwertung der Frau in der Gesellschaft von Bangladesh wieder rückgängig machen?

Erstarkender Islam

Auffallend ist, daß in Bangladesh Moscheen wie Pilze aus dem Boden schießen. Als Ershad versuchte, Arabisch anstelle von Englisch in den Schulen als Fremdsprache einzuführen, stieß er auf erbitterten Widerstand. Die

Bengalen, von Haus aus ein tolerantes Volk, möchten im Grunde keine Fanatisierung der Religion. Ershad ließ von der Durchsetzung seiner Forderung ab, dennoch besteht formell der entsprechende Erlaß weiter. Doch setzte sich der General mit seinem Vorhaben durch, den Sonntag als religiösen Feiertag abzuschaffen. Seit sechs Monaten gilt der Freitag als Ruhetag. Den Christen wird nichts anderes übrigbleiben, als sich dieser islamischen Regelung anzuschließen, denn ihnen weht derzeit ohnehin der islamische Wind ins Gesicht. Den zahlreichen christlichen Schulen strich oder kürzte das Regime Ershad die finanzielle Unterstützung, obwohl letztlich unter dieser Maßnahme gerade die Ärmsten der Armen leiden werden. Denn ohne die christlichen Schulen würde das Bildungssystem des Landes erheblich geschwächt. Das angesehenste Gymnasium in der Hauptstadt Dhaka, das 40% der Regierungsbeamten besucht haben, wird von den Holy Cross Fathers geleitet. Es hat bei den Moslems einen vorzüglichen Ruf. Der Staat hat eine ähnlich qualifizierte Ausbildungsstätte nicht zu bieten.

Vielen ist daher die Politik Ershads mehr als unverständlich. Ein katholisches Krankenhaus, das ebenfalls als vorbildlich galt, mußte schließen. Es wird in staatlicher Regie weitergeführt. Wie stark derzeit die kleine katholische Kirche im Bildungsbereich und in der medizinischen Betreuung präsent ist, dokumentieren folgende Zahlen: Die katholische Kirche verfügt über 265 Grundschulen mit rund 15 000 Schülern, 48 High-Schools, 42 Studentenheime, eine Sprachenschule, vier technische Ausbildungsstätten, neun Berufsschulen, 47 Krankenstationen und fünf Waisenhäuser.

Bei Katholiken wächst die Angst

Angesichts der konkreten Maßnahmen gegen katholische Aktivitäten wächst in den Gemeinden, bei Laien, Priestern und Bischöfen die Angst. Unsicherheit macht sich breit, bei manchem Priester spürt man Resignation. Die vier Bischöfe, die in vier Diözesen mit 167 Priestern die Gläubigen betreuen, sind eher defensiv eingestellt. Sie möchten jeglichen Anschein vermeiden, als würden sie unter Moslems offensiv missionieren. Sie igeln sich ein und geraten so mehr und mehr in eine Ghetto-Situation. Die mehr als hundert ausländischen Missionare konzentrieren sich auf Sozialarbeit, auf Bildungsarbeit, den Aufbau von Schulen, auf medizinische Betreuung, auf die Organisation von Genossenschaften – sie geben ein christliches Zeugnis durch ihr Tun: Mission als Entwicklung.

Missionsarbeit im herkömmlichen Sinne ist eigentlich nur noch unter den „Tribals“, den Ureinwohnern im Norden des Landes, möglich. Doch auch in diesen Gebieten werden die Missionare immer mehr zu Sozialarbeitern, zu Rechtsberatern, zu Anwälten für die Ärmsten der Armen. Denn die Bevölkerungswalze treibt die Menschen nun bereits in die Gebiete der Tribals, die das Land nach einem Gewohnheitsrecht seit Jahrzehnten bebauen, aber niemals über Besitzurkunden und Grundbucheintragen verfügten. Der Kampf um dieses Land ist entbrannt.

Nicht selten werden Dörfer der Eingeborenen angezündet, Ernten vernichtet, um diese Menschen zu vertreiben. In mühsamer Kleinarbeit bemüht sich z. B. ein amerikanischer Holy Cross Father, den Stamm der Garos, der aus Tibet stammt, vor der Ausrottung zu bewahren, ihm den angestammten Lebensraum zu sichern. Die Konflikte des Missionars mit der Regierung nehmen zu. – Kirchliche freiwillige Helfer, deren Einsatz vor allem den Landlosen, den Ureinwohnern im Dschungel, den Entrechteten gilt, sind von der Regierung nicht mehr gern gesehen. Die staatlichen Behörden bereiten ihnen erhebliche Schwierigkeiten bei der Bewilligung oder Verlängerung der Aufenthaltsgenehmigungen.

Die Bildungs-Programme der Kirche, der Caritas und anderer Initiativen stärken das *Selbstbewußtsein* der Menschen – gleich ob Moslem, Hindu oder Christ. Sie machen ihnen ihre Grundrechte bewußt und wecken ihre handwerklichen und geistigen Fähigkeiten. Die Regierung Ershad, die viele Reformen und Bildungsprogramme versprach, aber bisher nicht in die Tat umsetzte, scheint der notwendigen Bildungsarbeit durch die katholische Kirche wenig Positives abgewinnen zu können. Beliebte sind beim Staat Hilfen in baren Dollars, die möglichst unkontrolliert zur Verfügung gestellt werden.

Der katholischen Kirche in Bangladesh wird es einerseits immer schwieriger, ausländische Finanzhilfe anzunehmen, weil die Hürden des Staates und seine Kontrollen immer drastischer werden, andererseits versucht der Staat durch unseriöse Angebote mit abzuschöpfen, wenn er z. B. sagt (wie ein glaubwürdiger Informant berichtete): „Ihr könnt 6 Millionen Dollars einführen, aber 1 Million müßt ihr dem Staat überlassen.“ Bisher hat sich die Kirche, so war zu erfahren, auf solche korrupten und unseriösen Anträge nicht eingelassen. Der Erzbischof von Dhaka, *Michael Rozario*, bleibt in der Sache hart, vermeidet aber bisher jegliche offene Konfrontation mit der Regierung. Seine bengalische Mentalität und seine langjährige politische Erfahrung sagen ihm, daß man in diesem Land nur mit einem sehr langen Atem überleben kann.

Bildungs- und Ausbildungsprobleme

Unerwartete Hilfestellung gab es für die Christen im November 1983 durch ausländische Staatsbesuche. Der Präsident von Sambia, *Kenneth Kaunda*, nahm, obwohl nicht Katholik, demonstrativ an einem katholischen Sonntagsgottesdienst in der erzbischöflichen Kathedrale teil und ermunterte in einem Grußwort die Christen, ihrem Glauben treu zu bleiben und gegen soziale Ungerechtigkeit zu kämpfen. Das nationale Fernsehen berichtete über den Kirchenbesuch des Staatsgastes. Der kanadische Ministerpräsident Trudeau besuchte im November vergangenen Jahres eine Missionsstation, die von kanadischen Patres geleitet wird, und legte an dem Grab eines bekannten kanadischen Missionars einen Kranz nieder. Dies sind mehr als nur freundliche Gesten gegenüber den Christen. Sie sind für die schwache Minderheit der Katholiken eine Ermunterung und „politische“ Aufwertung. Sie geben der

Kirche das Gefühl, daß sie von den Mitbürgern im westlichen Ausland mitgetragen werden. Sie erleben, daß sie mit ihren Problemen nicht allein gelassen werden. Sie spüren, daß sie auf Hilfe von außen bauen können. Die gesellschaftspolitische Strategie der katholischen Kirche scheint darin zu bestehen, nicht unangenehm aufzufallen, keinen Anstoß bei den örtlichen Behörden zu erregen.

Die Kirche führt ein mehr oder weniger stilles Eigenleben. Obwohl der *Priestermangel* groß ist und Nachwuchs ausbleibt, ist von einer intensiven Ausbildung der Laien kaum etwas zu spüren. Laut Statistik gibt es in den vier Diözesen Dhaka, Khulna, Chittagong und Dinajpur 592 Katechisten, aber ihr Einfluß und Wirkungskreis ist sehr begrenzt. Frauen hat man in diesem Arbeitsfeld bisher nicht eingesetzt. Bei den Katecheten stellt man fest, daß ihre Bindung zur Kirche relativ schwach ist. Erhalten sie nach ihrer Ausbildung außerhalb der Kirche ein Arbeitsangebot, das auch nur ein wenig mehr Einkommen verspricht, so verlassen sie ihren kirchlichen Arbeitgeber. Die soziale Not, die Verantwortung für die Großfamilie schaffen eigene Gesetze, die für Europäer oftmals nur schwer zu verstehen sind.

Noch keine eigenständige bengalische Pastoral

Bei den *Priesteramtskandidaten* fällt auf, daß sie überwiegend von den „Tribals“ stammen. Für die meisten von ihnen bedeutet der Priesterberuf einen sozialen Aufstieg. Die Bengalen betrachten die „Tribals“ nicht nur als unterste soziale Schicht, sondern praktisch als Ausländer. Sie respektieren sie nicht als eigene Landsleute. Dies erschwert die pastorale Arbeit der zukünftigen Priester. Sie können faktisch nur in den Gebieten eingesetzt werden, aus denen sie stammen. Die Englischkenntnisse der Priesteramtskandidaten sind durchweg mangelhaft, obwohl sie die meiste theologische Literatur in dieser Fremdsprache lesen müssen. Die Bischöfe selbst scheinen mit der Ausbildung und dem Ausbildungsstand nicht zufrieden zu sein. Eine Verbesserung der Ausbildung versprechen sie sich vor allem durch mehr ausländische Lehrkräfte. Obwohl einige bengalische Priester im Ausland studiert haben und über eine theologische Spezialausbildung verfügen, zeigen sie kaum großes Interesse, die Ausbildung des eigenen Klerus zu übernehmen. In den Priesterseminaren ist man offenbar nicht nur auf die westliche Theologie, sondern auch auf den westlichen Lehrmeister fixiert.

Eine eigenständige bengalische Theologie und Pastoral hat sich bisher noch nicht herausgebildet.

Allein in der *Liturgie* sind einige bengalische Elemente zu erkennen. So findet die Meßfeier an einem niedrigen Tisch statt, hinter dem der Priester sitzend die Gebete spricht und die Liturgie vollzieht. Auf den Dörfern geht man mehr und mehr dazu über, mit einheimischen Musikinstrumenten die Gottesdienste zu gestalten.

Auffallend ist, daß sich die etwa 60 katholischen Gemeinden in Bangladesh von den islamischen und hinduisti-

schen Dorfgemeinschaften durch einen gewissen „Wohlstand“ unterscheiden. Sie verfügen über Schulen, feste Häuser, die Christen sind durchweg gut gekleidet. Was ihnen fehlt, ist das Bewußtsein, daß sie ihren „Reichtum“ mit den Ärmsten und seien diese Moslems oder Hindus teilen müßten. Doch Teilen, über konfessionelle Grenzen hinweg, scheint auch in Bangladesh besonders schwierig zu sein. So erbrachte die überregionale Caritas-Sammlung 1982 in den bengalischen Gemeinden nicht mehr als 4000 DM, während Millionen Dollars jährlich aus dem Ausland in die bengalische Caritas gepumpt werden. Unter den Christen in Bangladesh entwickelt sich mittlerweile eine gewisse Empfängermentalität. Die Hilfe aus dem Westen ist offenbar bereits weitgehend fest mit eingeplant. Man vertraut darauf, daß dieser Strom auch in Zukunft weiterfließt. Das Bestreben, vom Westen in jeglicher Hinsicht unabhängig zu werden, ist unterentwickelt. An den schwierigsten sozialen Brennpunkten findet man überraschenderweise nicht einheimische Priester und Ordensleute, sondern *ausländische Missionare*. Sie bilden Speerspitzen, sie versuchen aus dem selbstgesteckten Ghetto der katholischen Kirche auszubrechen. Unter ausländischen Missionaren wächst die Kritik an der einheimischen Kirche, da sie zu wenig bestrebt sei, ihre bengalische Identität zu finden.

Auch unter *ausländischen Entwicklungshelfern*, die seit mehreren Jahren in Bangladesh leben, spürt man eine wachsende Resignation. Während der Staat mehr als 20 Prozent seiner Haushaltsmittel für militärische Zwecke ausgibt, verstärkt der Westen seine Hilfsprogramme für Bangladesh in beachtlichem Umfange. Der internationale Währungsfonds investiert derzeit pro Jahr etwa 400 Mil-

lionen US-Dollars. Die Bundesrepublik Deutschland half bisher mit 2,1 Milliarden Mark. Die Schwerpunkte liegen in der technischen Zusammenarbeit, in Nahrungsmittellieferungen, in Aus- und Fortbildungsmaßnahmen. Man versucht, beim Ausbau der Infrastruktur zu helfen, im Eisenbahn- und Fernmeldewesen. Man fördert Brunnenbauprogramme, baut Düngemittelfabriken und regte die Herstellung von Pumpenmotoren an. Die Zusagen für Maßnahmen der technischen Zusammenarbeit lagen 1982 bei 45 Millionen DM, 1980 waren es 31,5 Millionen DM.

Islamische Rückendeckung

Das politische Schicksal Bangladeshs hängt von seinem Verhältnis zum großen Nachbarn Indien ab, der es geographisch fast völlig umschließt und den Oberlauf aller seiner wichtigen Flüsse beherrscht. Indien, das Bangladesh im Jahre 1971 entscheidende Geburtshilfe im Kampf um die Unabhängigkeit leistete, sah sich bisher in seinen Erwartungen enttäuscht, Bangladesh auf Dauer in einer Art Satelliten-Verhältnis an sich binden zu können. Indien versucht daher immer wieder, Bangladesh seine Abhängigkeit vor Augen zu führen. Mit dem Besuch von General Ershad am 6. Oktober 1982 in Indien scheint kein grundlegendes Vertrauensverhältnis geschaffen worden zu sein. Indien beabsichtigt derzeit sogar seine Grenze besser zu sichern, um Flüchtlingsbewegungen besser in den Griff zu bekommen. Bangladesh seinerseits versucht, sich durch eine starke Einbindung in die Solidarität mit den islamischen Staaten die notwendige Rückendeckung zu schaffen, um indischen Pressionen besser entgegenzutreten zu können.

Jürgen Hoeren

Kurzinformationen

Bei seinem Neujahrsempfang nahm Kardinal Joseph Höffner zur Diskussion über eine neue Gemeinsame Synode der bundesdeutschen Bistümer Stellung. Das Projekt bedürfe „reiflicher Überlegung“. Höffner wies darauf hin, daß dabei die Bestimmungen des neuen kirchlichen Gesetzbuches zu beachten seien, das keine gemeinsame Synode der Bistümer eines Landes kenne, sondern das *Provinzialkonzil* für den Bereich einer Kirchenprovinz (Can. 440) und das *Plenarkonzil* für den Bereich einer Bischofskonferenz (Can. 439). Der Kardinal machte darauf aufmerksam, daß sich *Struktur* und *Zuständigkeit* eines solchen Plenarkonzils nicht unwesentlich von der Würzburger Synode unterscheiden. Nach Can. 443 des CIC haben auf dem Plenarkonzil nur die Bischöfe entscheidendes Stimmrecht. Mit beratendem Stimmrecht gehören ihm die Generalvikare, Bischofsvikare, höhere Ordensobere, die Rektoren bzw. Dekane katholischer Universitäten bzw. Theologischer Fakultäten und Regenten von Priesterseminaren an. Außerdem können weitere Priester „und andere Christgläubige“ mit beratendem Stimmrecht hinzuberufen werden, die aber nicht mehr als ein Drittel der Gesamtteilnehmerzahl des Plenarkonzils stellen dürfen. Zur Frage von Diözesansynoden meinte Höffner, schon seit längerer Zeit hätten manche darauf hingewiesen, daß in den meisten deutschen Bistümern seit den 50er

Jahren keine Diözesansynoden mehr gehalten worden seien. Es lege sich die Frage nahe, ob die Zeit gekommen sei, auf Diözesansynoden das Bistumsrecht den vom Zweiten Vatikanum und der nachkonziliaren Gesetzgebung geschaffenen Ordnungen anzupassen. Die Hinweise Kardinal Höffners auf die Bestimmungen des neuen CIC zum ortskirchlichen Synodalwesen lassen erkennen, daß der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz an eine Gemeinsame Synode nach dem Modell Würzburg nicht denkt.

Die Vereinigten Staaten und der Vatikan haben diplomatische Beziehungen aufgenommen. Die entsprechende Vereinbarung wurde am 10. Januar in Washington und Rom bekanntgegeben. Der Schritt war absehbar, seitdem Ende November 1983 der amerikanische Kongreß ein Gesetz aufgehoben hatte, das der Administration verbot, finanzielle Mittel für eine Vertretung beim Vatikan auszugeben. Dennoch kam die Entscheidung schneller als erwartet. Denn nach wie vor gab es Vorbehalte vor allem bei protestantischen Denominationen gegenüber einem solchen Schritt, und noch im Dezember gab es teilweise heftige Proteste zum Beispiel seitens der Adventisten. Der Vorsitzende